



Gemeindevertretung

GESAMTE FESTLEGUNGSNIEDERSCHRIFT

der 6. Sitzung der Gemeindevertretung
am Dienstag, 28.09.2021, 19:00 Uhr bis 21:45 Uhr
in der Halle der Landkost-Arena

Anwesenheiten

Vorsitz:

Frau Anja Kolbatz

Anwesend:

Annette Lehmann, Peter Neumann, Alexander Neumann, Heiko Flieger, Matthias Höppe, Jürgen Ostländer, Dietmar Gutzeit, Steffen Eberst, Daniel Eberlein, Frank Deichmann, Hardy Pöschk, Dr. Claus Weißlau, Monika von der Lippe, Oliver Calov, Sylvia Bothe

Entschuldigt fehlten:

Kerstin Rubenbauer, Annett Wolf, Klaus-Dieter Quasdorf

Von der Verwaltung waren anwesend:

Ines Schulze – Bauamtsleiterin, Anett Hinzpeter – Hauptamtsleiterin, Heimo Ludwig – Kämmerer, Jens-Karsten Schmidt – Ordnungsamtsleiter, Diana Baaske - Protokollantin

Gäste:

diverse Bürger

Tagesordnung

Öffentlicher Sitzungsteil

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung der öffentlichen Niederschrift vom 27.07. und 16.08.2021
4. Informationen des Bürgermeisters
5. Informationen der Vorsitzenden
6. Informationen der Fraktionen
7. Informationen des Ortsbeirates Pätz
8. Informationen der Fachausschüsse
9. Einwohnerfragestunde
10. Beschlussvorlagen
11. Anträge der Fraktionen und Gemeindevertreter
12. Anfragen von Mitgliedern der Gemeindevertretung
13. Sonstiges

Nichtöffentlicher Sitzungsteil

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung der nichtöffentlichen Niederschrift vom 27.07.2021
4. Beschlussvorlagen
5. Sonstiges

Sitzungsverlauf

Die stellvertretende Vorsitzende Anja Kolbatz-Thiel eröffnet die Sitzung der Gemeindevertretung um 19:00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist.

Öffentlicher Sitzungsteil

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Weiterhin stellt die stellv. Vorsitzende fest, dass 16 von 19 Mitgliedern anwesend sind und somit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Frau Kolbatz-Thiel fragt, ob es Änderungen bzw. Zusätze zur Tagesordnung gibt.

Frau Lehmann (Fraktion UBBP) erklärt, dass sie den Antrag im TOP 5 – Änderung der Alarm- und Ausrückeordnung – zurückziehe. Sie bitte jedoch darum, dazu dem Wehrleiter Herrn Scholz eine Rederecht einzuräumen.

Dem stimmen die Gemeindevertreter einstimmig zu.

Herr Eberlein (Fraktion WIR!) ziehe ebenfalls den Antrag im TOP 5 – Beantragung von Bundesfördermitteln für den Einbau von Luftfilteranlagen in der Grundschule und Kindertageseinrichtungen – zurück, da dazu ein Antrag der Gemeindeverwaltung vorliege. Weiterhin bitte er darum, dass sein vorbereitetes Schreiben an Ministerpräsident Woidke und Bildungsministerin Ernst zum beitragsfreien Kita-Jahr (das Schreiben ist allen Fraktionsvorsitzenden zugesandt worden) zur Diskussion mit auf die Tagesordnung zu setzen. Hier geht es darum Gründe aufzuzeigen, warum die Einstellung der Gelder für das beitragsfreie Kita-Jahr beibehalten werden sollen. Dem wird seitens der Mitglieder einstimmig zugestimmt.

Ansonsten ist die Tagesordnung bestätigt.

3. Bestätigung der öffentlichen Niederschriften vom 27.07. und 16.08.2021

Frau Kolbatz-Thiel informiert, es sind keine Einwendungen zu o.g. Niederschriften eingegangen. Damit sind diese bestätigt und werden veröffentlicht.

4. Informationen des Bürgermeisters

- zur Bundestagswahl
diese ist gut gelaufen, Dank an dieser Stelle an alle Beteiligten, die Wahlbeteiligung lag bei 76,1 %
- zu Ausschreibungen
derzeitig laufen Ausschreibungsverfahren zu Straßenbaumaßnahmen, Anschaffung Fahrzeug Feuerwehr, Befestigung Parkflächen im hinteren Bereich der Feuerwehr, Sanierung Sanitäranlagen in der Feuerwehr und Straßenreinigungleistungen

Herr Deichmann fragt, ob es neue Erkenntnisse zur Entlastung der Straße Fischerei gebe?
Herr Schmidt teilt mit, bisher liegen der Verwaltung keine neuen Erkenntnisse vor. Frau Schulze ergänzt, dass es im Oktober wieder Gespräche dazu geben werde.
Weiterhin möchte Herr Deichmann wissen, ob zwischenzeitlich die Ausschreibung zum integrierten Ortsentwicklungskonzept erfolgt ist. Diese Frage kann Herr Ludwig nicht beantworten, da sich damit der Bürgermeister befasse.

5. Informationen der Vorsitzenden

- im Auftrag der Vorsitzenden möchte Frau Kolbatz-Thiel wissen, ob in den Ausschüssen die Geschäftsordnung behandelt wurde. Da dies nicht der Fall ist, bitte sie darum dies nachzuholen.
- Frau Scheibe stellte vor 4 Wochen eine Anfrage an den Bürgermeister zwecks Schrobendorffhaus und habe wohl noch keine Antwort erhalten. Die Verwaltung möge das prüfen.

6. Informationen der Fraktionen

keine Informationen!

7. Informationen des Ortsbeirates Pätz

Die Sitzung OB fand am 16.09. statt, berichtet Frau Lehmann. Zu den Beschlüssen erfolgte Zustimmung, offen blieb lediglich der Gefahrenabwehrbedarfsplan. Die Anfragen wurden von Herrn Schmidt beantwortet, so dass auch dazu die Zustimmung des OB erfolgte. Herr Ostländer ergänzt, dass Pätz in diesem Jahr die Weihnachtsbeleuchtung erhalten werde und die Maßnahmen Dorfaue beginnen. In diesem Zusammenhang Dank an den Bauhof, welcher auch am Wochenende für Sauberkeit am Strand in Pätz sorgte. Für Pätz bestehe jetzt die Möglichkeit, eine Budgetierung für den Ortsteil Pätz vorzunehmen. Der Kämmerer werde gebeten, die notwendigen Maßnahmen dafür einzuleiten.

8. Informationen der Fachausschüsse

Herr Eberlein informiert, er habe letzte Woche ein Gespräch mit dem Bürgermeister Heidesee geführt. Da ging es nochmal um das Thema Konzeption weiterführende Schule. Die Mitglieder des Gesundheits- und Sozialausschusses mögen sich bitte bis zum 02.11.2021 Gedanken dazu machen, welche Wünsche bzw. Ideen man mitbringen könne. Er werden die Mitglieder des Sozialausschusses von Heidesee zur stattfindenden GSA-Sitzung am 02.11.2021 nach Bestensee einladen.

Herr Ostländer berichtet, der Finanzausschuss habe über den Haushalt 2022 gesprochen und möchte nochmal an die Prioritätenliste erinnern. In der Zukunft stehen sehr viele Maßnahmen an und man müsse festlegen, welche zuerst erfolgen sollen, welche können zurückgestellt werden etc. Die Mitglieder des FA werden gebeten, die ihnen zugesandte Liste zu vervollständigen bzw. eine neue Liste zu erstellen und diese dem Kämmerer zur Verfügung zu stellen.

Aus dem Ortsentwicklungsausschuss berichtet Herr Deichmann, die Online-Befragung zum Ortsentwicklungskonzept ist freigeschalten und er wünsche sich eine rege Beteiligung. Die Fraktionen erinnere er nochmal daran, dass auch sie dem Ausschuss entsprechende Punkte zum Konzept zuarbeiten.

9. Einwohnerfragestunde

Frau Kunze äußert, die Bauamtsleiterin habe in der Bauausschusssitzung informiert, dass im Oktober Gespräche mit dem Investor Fischerei stattfinden. Sie möchte wissen, wie die Bürger ein Feedback darüber erhalten? Frau Kolbatz-Thiel sagt, dass Informationen und Ergebnisse des Gespräches in der kommenden BA-Sitzung erfolgen sollen und bittet den Ausschussvorsitzenden dies zu beachten.

Frau Bothe ergänzt, es ist üblich, dass bei derartigen Gesprächen Ergebnisprotokolle geführt werden, dieses könne man den Mitgliedern des Bauausschusses zur Verfügung stellen.

10. Beschlussvorlagen

Die Abstimmung erfolgt mit 16 von 19 Mitgliedern der Gemeindevertretung

B 33/09/21 - Einbau eines Personenaufzuges im „Vereinshaus“ in Bestensee, Waldstr. 31

Herr Ostländer berichtet, der Finanzausschuss habe in seiner Sitzung dazu beraten und man war sich darüber einig, dass man einen PA benötige und befürworte die Einstellung der Mittel in den Haushalt 2022. Ebenso befürworte Plan Bestensee alle weiteren Beschlussvorlagen zum Umbau Vereinshaus.

Die Fraktionen UBBP, AfD, CDU, WIR! und DieLinke schließen sich dem an.

Abstimmung zum B 33/09/21: 16 Ja-Stimmen
/ Nein-Stimmen
/ Stimmenthaltungen

B 34/09/21 - Renovierung Vereinsräume im 1./2. OG im Vereinshaus in Bestensee, Waldstraße 31

Abstimmung zum B 34/09/21: 16 Ja-Stimmen
/ Nein-Stimmen
/ Stimmenthaltungen

B 35/09/21 - Ausbau des Dachgeschosses im Vereinshaus in Bestensee, Waldstr. 31

Abstimmung zum B 35/09/21: 16 Ja-Stimmen
/ Nein-Stimmen
/ Stimmenthaltungen

B 36/09/21 - Bestätigung Vergabekonzept Maßnahme Umbau Vereinshaus mit integrierter Kindertagesstätte und zusätzliche Maßnahmen

Abstimmung zum B 36/09/21: 16 Ja-Stimmen
/ Nein-Stimmen
/ Stimmenthaltungen

B 37/09/21 - Machbarkeitsstudie: Prüfung Umsetzung Neubau von stationären/mobilen coronagerechten RLT-Anlagen in der Grundschule und Kindertageseinrichtungen

Herr A. Neumann erklärt, dieser Beschluss lag im Bauausschuss vor. Eine stationäre Anlagengewerke sich in der Grundschule finanziell nicht machen lassen (hohe Kosten für Brandschutz, Schallschutz etc.). Daher wäre nur der Einsatz von mobilen Luftfilteranlagen möglich. Jedoch erscheinen ihm die Kosten in Höhe von 18 T€ für eine Studie zu hoch.

Herr Ostländer berichtet, seine Fraktion hält es nicht für sinnvoll, die Studie zu beauftragen und auch nicht die Anschaffung dieser Geräte. Daher lehnen sie diesen Beschluss ab.

Herr Eberlein stellt den Antrag zum Beschluss, die Machbarkeitsstudie nur darauf zu konzipieren und zu prüfen, ob die Elektroplanung in den Betreuungseinrichtungen ausreiche, mobile Geräte zu installieren. Er gehe davon aus, dass dann die Kosten deutlich geringer ausfallen und er bittet, über seinen Antrag und den Beschluss abzustimmen.

Abstimmung zum Antrag: 7 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
3 Stimmenthaltungen

Abstimmung zum geänderten B 37/09/21: 7 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
3 Stimmenthaltungen

B 26/09/21 - Benennung einer Gleichstellungsbeauftragten

Frau Rogge stellt sich kurz vor und es folgt die Abstimmung zum o.g. Beschluss.

Abstimmung zum B 26/09/21:

16 Ja-Stimmen
/ Nein-Stimmen
/ Stimmenthaltungen

B 27/09/21 - Beschluss zum Gefahrenabwehrbedarfsplan

Der Ordnungsausschuss und der Hauptausschuss haben diesen Beschluss einstimmig befürwortet.

Abstimmung zum B 27/09/21:

16 Ja-Stimmen
/ Nein-Stimmen
/ Stimmenthaltungen

B 28/09/21 - Bebauungsplan „Parkplatz am großen Tonteich“ – Abwägungsbeschluss

Herr Deichmann fragt, es wird immer von 200 Parkflächen gesprochen, werden diese öffentlich ausgewiesen?

Herr Hirschfelder erklärt, es wird ein städtebaulicher Vertrag geschlossen, in dem die Fläche mit maximal 200 öffentlichen Parkplätzen ausgelegt ist. Grundsätzlich ist das eine private Fläche und es obliegt dem Hausrecht des Eigentümers. Jedoch ist im städtebaulichen Vertrag geregelt, dass der Parkplatz neben der Unterbringung der Nutzer des Campingplatzes für die Öffentlichkeit ganzjährig zugänglich und nutzbar sein muss.

Abstimmung zum B 28/09/21:

16 Ja-Stimmen
/ Nein-Stimmen
/ Stimmenthaltungen

B 29/09/21 - Bebauungsplan „Parkplatz am großen Tochteich“ – Satzungsbeschluss

Abstimmung zum B 29/09/21:

16 Ja-Stimmen
/ Nein-Stimmen
/ Stimmenthaltungen

B 30/09/21 - Erweiterung des Geltungsbereiches für eine Klarstellungs- und Ergänzungssatzung nach § 34 Abs. 4 Nr. 1 und 3 BauGB „Köriser Str./Motzener Str./Sommerweg“

Abstimmung zum B 30/09/21:

16 Ja-Stimmen
/ Nein-Stimmen
/ Stimmenthaltungen

B 32/09/21 - Aufstellung eines B-Planes „Motzener Str. – Sozialer Wohnungsbau mit Funktionsfläche

Herr Ostländer möchte wissen, die Fraktion Plan Bestensee hatte den Antrag gestellt, diese Fläche als Gemeinbedarfsfläche auszuweisen, ebenso im Antrag von der Fraktion WIR!, warum ist man darauf nicht eingegangen?

Herr Deichmann sagt, der Antrag von der Fraktion WIR! wurde genau definiert, u.a. Ausführung nach Baunutzungen Gemeinbedarf nach § 9 Abs. 1 Satz 5 BauBG und sozialer Wohnungsbau nach § 9 Abs. 1 Satz 7 BauGB. Im heutigen Beschluss wird der § 4 BauGB benannt, was allgemeiner Wohnungsbau bedeute. In diesem § 4 ist von sozialen Wohnungsbau und Gemeinbedarf überhaupt keine Rede mehr. Hier kann man sogar Tankstellen, Beherbergungs-

betriebe, Schankwirtschaften usw. bauen. Wenn man sich auf Gemeinbedarf einigt, können nur Gebäude für den öffentlichen Bedarf gebaut werden. Herr Eberlein ergänzt, der vorgelegte Beschluss wurde bereits mehrheitlich im August diesen Jahres in der außerordentlichen Sitzung abgelehnt. Für ihn ist nicht nachvollziehbar, warum der Antrag der Fraktion WIR! nicht in diesem Beschluss umgesetzt wurde. Er bittet hier die Gemeindevertreter den vorgelegten Beschluss erneut abzulehnen, weil der Gemeinbedarf nicht umgesetzt werde.

Frau Schulze erklärt, der Beschluss wurde in der letzten außerordentlichen GV abgelehnt, weil alle davon ausgegangen sind, dass es diesen schon gebe. Es gibt nur einen Antrag und man könne kein B-Planverfahren einleiten und beginnen, dazu müsse man einen Beschluss fassen. Das habe auch das Bauordnungsamt mit Schreiben vom 05.08.2021 mitgeteilt.

Herr Gutzeit äußert, Fakt ist, die Gemeindevertreter haben ihren Willen bekundet und der spiegelt sich in diesem Beschluss nicht wider.

Herr Hirschfelder erklärt, in diesem Beschluss wurde der § 4 formuliert, weil dieser einerseits Wohnungsbau (in welcher Form auch immer), aber auch Verwaltungsvorgänge offen halte. Das wurde bewusst offen gehalten, weil das zu Entschädigungen gegenüber dem Eigentümer führen könne. Da bisher noch keine vertraglichen Festlegungen mit dem Eigentümer möglich sind und man sich in diesem Beschluss speziell festlege, dann werde die Gemeinde schadensersatzpflichtig gegenüber dem Eigentümer. Festlegungen könne man dann im B-Planverfahren treffen. Die Gemeindevertretung kann das auch sehr gut in der Arbeitshilfe B-Plan nachlesen.

A. Neumann ergänzt, wenn man der BEV sage, dieses Grundstück darf nur für sozialen Wohnungsbau bzw. für Gemeinbedarf genutzt werden und die Gemeinde könne eventuell das Grundstück nicht kaufen, dann kann die BEV die Gemeinde verklagen, weil die Gemeinde das Grundstück mit den Festlegungen nach § 9 entwertet hat. Die Gemeinde legt den B-Plan fest, da kann niemand etwas bauen, was man nicht wolle.

Abstimmung zum B 30/09/21:

9 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

11. Anträge der Fraktionen und Gemeindevertreter

Herr Eberlein erklärt zu dem am Anfang gestellten Antrag, dass die Landesregierung für das Jahr 2022 geplant habe, im Haushalt Mittel für die Beitragsfreiheit des vorletzten Kitajahres einzustellen. Das wurde im Entwurf auf Grund von Corona und anderen Investitionen verschoben auf das Jahr 2023. Mit dem Schreiben an die Landesregierung wolle man die Entscheidungsträger nochmals zum Umdenken bringen. Daher bitte er um Abstimmung, ob die Gemeindevertretung dieses Schreiben versenden möchte.

Frau von der Lippe führt aus, der Haushaltsgeber ist der Landtag und dieser beginnt am morgigen Tage mit der Haushaltsdiskussion. Daher solle dieses Schreiben besser an die Vorstände der Landtagsfraktionen gesandt werden und nicht an den Ministerpräsidenten. Der Städte- und Gemeindebund werde sich auch in die Haushaltsberatungen einbringen, sie regt daher an, dieses Schreiben auch dem StuGB zur Kenntnis zu geben.

Die Fraktion Plan Bestensee findet das Ansinnen gut, so Herr Ostländer. Jedoch soll das Schreiben von der Verwaltung erstellt und abgeschickt werden.

Herr Schmidt bittet darum, in dem Schreiben einen Satz zu ändern. Dabei geht es um den Passus im 4. Abs. „zusätzlich muss auf Grund gesetzlicher Regelungen des Landes Brandenburg die Kitasatzung angepasst werden, mit der Folge, dass Familien einen höheren Elternbeitrag zu entrichten haben.“ Dieser Passus muss raus, denn dies möge für Heidesee zutreffen, aber nicht für Bestensee. Ansonsten kann der Bürgermeister das Schreiben nicht unterzeichnen.

Herr Eberlein ist damit einverstanden, den Passus zu streichen. Seine Intension ist natürlich auch, dass dieses Schreiben von der Verwaltung erstellt und verschickt werde, mit den Unterschriften vom Bürgermeister und der Vorsitzenden der Gemeindevertretung.

Die Gemeindevertretung stimmt dem Antrag mit der genannten Änderung mit 15 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu.

Frau Lehmann äußert, nach Rücksprache mit dem Wehrleiter habe die Fraktion den Antrag auf Änderung der Alarm- und Ausrückeordnung zurückgezogen und bittet den Wehrleiter Herrn Scholz einige Worte dazu zu sagen.

Herr Scholz erläutert, die Sirene ist eine Möglichkeit der Alarmierung der Feuerwehr. In Bestensee habe man sich entschieden, auf die sogenannte stille Alarmierung umzustellen. In Gesprächen mit der Verwaltung und den vorgelegten Stellungnahmen ist man zum Entschluss gekommen, keine Alarmierung über die Sirenen zu vollziehen und diese nur im Bedarfsfall einzusetzen.

12. Anfragen von Mitgliedern der Gemeindevertretung

Herr Ostländer möchte wissen, gibt es seitens des BEV eine Darstellung, wie teuer das Grundstück in der Motzener Str. werden soll?

Herr Ludwig erklärt, die Kaufpreisvorstellungen des BEV liegen bei 1,77 Mio. € abzüglich des Betrages von 25 T€ je Wohneinheit (insgesamt 600 T€). Die Zahlen liegen den Gemeindevertretern vor. Es gibt keine anderen Informationen vom BEV dazu.

Herr Deichmann fragt, inwieweit ist der Bürgermeister tätig gewesen, über den Kaufpreis mit dem GEV zu verhandeln? Die Fraktion WIR! ist nach wie vor der Auffassung, dass der Preis nicht gerechtfertigt ist. Er habe mit Frau Hausweiler darüber gesprochen. Sie sagte, sie habe nichts dagegen, wenn die Gemeinde selber einen anderen Gutachter damit beauftrage, dass neu bzw. anders zu bewerten, weil das ein legitimes Recht ist.

Diese Frage kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.

Herr Eberlein möchte wissen, warum die Mittel der regionalen Kulturrichtlinie nicht ausgezahlt werden. Diese Anfragen stellten ihm eine Vertreterin der Volkssolidarität und die Vorsitzende des Reitvereines Sankt Georg. Beide haben noch keinen Bescheid erhalten.

Herr Ludwig erklärt, er habe das bereits überprüft und es gebe einen Formfehler im Beschluss. Daher konnte keine Auszahlung erfolgen. Herr Eberlein bittet Herrn Ludwig, dies den Antragstellern mitzuteilen.

Weiterhin fragt Herr Eberlein, wie ist der aktuelle Sachstand zur Beschaffung eines Kinderarztes, gab es Rückmeldungen zur Ausschreibung bei der kassenärztlichen Vereinigung?

Herr Ludwig informiert, dass es auf die Anzeige keinerlei Reaktionen gab.

Herr Ostländer merkt an, dass die Fraktion Plan Bestensee bereits ihre Darstellungen mit Gedanken und Ideen zum Ortsentwicklungskonzept erstellt habe. Das liege beim Bürgermeister und es wäre sinnvoll, sich das dort zu holen bzw. die Verwaltung könne das zuarbeiten.

Frau Bothe erkundigt sich, wie ist der Sachstand zur neuen Schule in Pätz?

Herr Ludwig sagt, die Ausschreibung erfolgte bundesweit und der Termin zur Abgabe der Interessenbekundung war der 31.08.2021. Es meldeten sich 2 Interessenten, abgegeben wurde kein einziges Angebot. Der Ortsbeirat ist informiert worden und in 2 Wochen werde mit dem Ortsbeirat die weitere Verfahrensweise erörtert.

Herr Gutzeit fragt zur Ansiedlung Montessori-Schule, ob dieser ein anderer Standort angeboten wurde, da die zuerst ausgewählte Fläche von der Gemeindevertretung abgelehnt wurde. Es besteht weiterhin trotzdem Interesse daran, dass sich die Schule in Bestensee ansiedelt.

Herr Schmidt erläutert, diesbezüglich gibt es keine neuen Erkenntnisse. Der Bürgermeister werde sich nach seinem Urlaub nochmal mit der Schule in Verbindung setzen, die Schule selber ist noch nicht an die Verwaltung herangetreten.

Herr Deichmann möchte nochmal die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Verkehrskonzeptes erwähnen, damit dieses in das Ortsentwicklungskonzept einfließen kann. Weiterhin fragt er, ob der Verwaltung was über die Tätigkeiten auf den Moor- und Wiesenflächen zwischen dem Haus Mohnblume und der Dorfaue Klein-Besten bekannt ist. Dies verneint Frau Schulze.

Herr Gutzeit fragt, nach wie vor gibt es Einschränkungen für die Publikumszulassung zu den Sitzungen der Ausschüsse, warum ist es nicht möglich wieder mehr Gäste zuzulassen? Darauf erklärt Herr Schmidt, die Sitzungen der Gemeindevertretung sind von der Umgangsverordnung grundsätzlich ausgenommen. Das was hier an Hygienemaßnahmen betrieben werde erfolgt in Abstimmung mit der Verwaltung, Bürgermeister und Vorstand der Gemeindevertretung zum Eigenschutz.

Herr Calov möchte nochmal auf den unmöglichen Zustand Ampelkreuzung hinweisen. Er rege an, mal einen Verantwortlichen für die Einstellung der Ampel zum Ordnungsausschuss vorzuladen und derjenige mal Rede und Antwort stehen kann.

Herr Schmidt sagt, es werde nicht gelingen, einen Verantwortlichen an den Tisch des Ordnungsausschusses zu bekommen. Die Verwaltung bemühe sich schon seit Monaten und habe angeregt, den Signalplaner herzuholen, um das Optimum aus der Signalanlage herauszuholen. Es hat Monate gedauert, bis eine Antwort kam, in der mitgeteilt wurde, ein Termin ist gesetzt und dann müsse man alles Weitere sehen. Es gibt noch keine abschließende Mitteilung dazu

13. Sonstiges

keine Informationen / Anfragen!

gez. Anja Kolbatz-Thiel
stellv. Vorsitzende der Gemeindevertretung